



AZV "Weißer Schöps"

Liebsteiner Straße 8
Kunnersdorf
02829 Schöpstal

Tel.: 035825 89 90 20
Fax: 035825 89 90 29
E-Mail: azv-weisser-schoeps@t-online.de

SATZUNG ÜBER DIE ERHEBUNG VON GEBÜHREN

für die öffentliche Abwasserbeseitigung des Abwasserzweckverbandes
Weißer Schöps
Abwassergebührensatzung (AbwGebS)

Fassung vom 26.09.2005, zuletzt geändert am 27.06.2019

Aufgrund der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) [und der § 47 Abs. 2 i.V.m. § 6 Abs. 1 und § 5 Abs. 4 Sächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG)] in Verbindung mit den §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) und der Abwasserbeseitigungssatzung des Abwasserzweckverbandes „Weißer Schöps“ (AbwS) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Weißer Schöps“ am 26.09.2005 folgende Satzung beschlossen, einschließlich der 1. Änderung vom 24.04.2006, der 2. Änderung vom 19.11.2007, der 3. Änderung vom 20.04.2009, der 4. Änderung vom 20.12.2010, der 5. Änderung vom 24.03.2014, der 6. Änderung vom 19.09.2016 und der 7. Änderung vom 27.06.2019.

1. Abschnitt: Allgemeines

§ 1 Allgemeines

Die Abwasserbeseitigung auf dem Gebiet des Abwasserzweckverbandes Weißer Schöps, nachstehend Zweckverband genannt, erfolgt durch zwei getrennte öffentliche Abwassereinrichtungen zur Ableitung und Behandlung des dort anfallenden Abwassers nach Maßgabe der Abwasserbeseitigungssatzung des Zweckverbandes, (im Weiteren Abwassereinrichtung 1 und 2 genannt).

§ 2 Erhebungsgrundsatz

Der Zweckverband erhebt für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlagen gemäß der Abwasserbeseitigungssatzung (AbwS) Abwassergebühren. Sie werden erhoben für die Teilleistungen Schmutzwasserentsorgung, Entsorgung abflussloser Gruben sowie Kleinkläranlagen, für Abwasser, das in öffentliche Abwasseranlagen eingeleitet wird, die nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind und für sonstiges Abwasser.

§ 3 Gebührensschuldner

- (1) Schuldner der Abwassergebühr ist der Grundstückseigentümer. Der Erbbauberechtigte oder der sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte ist anstelle des Grundstückseigentümers Gebührensschuldner.
- (2) Gebührensschuldner für die Abwassergebühr nach § 7 Abs. 2 ist derjenige, der das Abwasser anliefert, bzw. der Grundstückseigentümer auf dessen Grundstück das Abwasser entstanden ist.
- (3) Mehrere Gebührensschuldner für dasselbe Grundstück sind Gesamtschuldner.

2. Abschnitt: Schmutzwasserentsorgung

§ 4 Gebührenmaßstab für die Schmutzwasserentsorgung

- (1) Die Abwassergebühr für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung wird nach der Schmutzwassermenge bemessen, die auf dem an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstück anfällt (§ 5 Abs. 1).
- (2) Bei Einleitungen nach § 7 Abs. 4 Abwasserbeseitigungssatzung (AbwS) bemisst sich die Abwassergebühr nach der eingeleiteten Wassermenge.

§ 5 Abwassermenge bei der Schmutzwasserentsorgung

- (1) In dem jeweiligen Veranlagungszeitraum (§ 11 Abs. 3) gilt im Sinne von § 4 Abs. 1 als angefallene Abwassermenge
 1. bei öffentlicher Wasserversorgung, der der Entgeltberechnung zugrunde gelegte Wasserverbrauch,
 2. bei nichtöffentlicher Trink- und Brauchwasserversorgung, die dieser entnommenen Wassermenge und
 3. das auf Grundstücken anfallende Niederschlagswasser, soweit es als Brauchwasser im Haushalt oder Betrieb genutzt und in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet wird.
- (2) Auf Verlangen des Zweckverbandes hat der Gebührensschuldner bei Einleitungen nach § 7 Abs. 4 AbwS, bei nichtöffentlicher Wasserversorgung (Absatz 1 Nummer 2) oder bei Nutzung von Niederschlagswasser als Brauchwasser (Absatz 1 Nummer 3) geeignete Messeinrichtungen auf seine Kosten anzubringen und zu unterhalten.

§ 6**Absetzungen bei der Schmutzwasserentsorgung**

- (1) Nach § 5 ermittelte Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet wurden, werden auf schriftlichen Antrag des Gebührenschuldners bei der Bemessung der Abwassergebühr für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung abgesetzt.
- (2) Grundsätzlich, sind nach Weisung des Zweckverbandes, geeignete Messeinrichtungen für den Nachweis derjenigen Wassermenge die nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet wurden, durch den Grundstückseigentümer auf dessen Kosten einzubauen. Die Messeinrichtungen sind fest zu installieren und durch den Zweckverband abzunehmen und zu verplomben. Die Abnahme ist Kostenpflichtig.
- (3) Für landwirtschaftliche Betriebe soll der Nachweis durch Messungen eines besonderen Wasserzählers erbracht werden. Dabei muss gewährleistet sein, dass über diesen Wasserzähler nur solche Frischwassermengen entnommen werden können, die in der Landwirtschaft verwendet werden und deren Einleitung als Abwasser nach § 6, insbesondere Absatz 2 Nummer 3 AbwS ausgeschlossen ist.
- (4) Wird bei landwirtschaftlichen Betrieben die abzusetzende Wassermenge nicht durch Messungen nach Absatz 2 festgestellt, werden die nicht eingeleiteten Wassermengen pauschal ermittelt. Dabei gilt als nicht eingeleitete Wassermenge im Sinne von Absatz 1:
 1. je Vieheinheit bei Pferden, Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen 12 Kubikmeter/Jahr und
 2. je Vieheinheit Geflügel 5 Kubikmeter/Jahr.

Der Umrechnungsschlüssel für Tierbestände in Vieheinheiten gemäß § 51 des Bewertungsgesetzes (in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. 2.1991 [BGBl. 1991 I S. 230], zuletzt geändert am 20.12.2001 [BGBl. I S. 3794]) in der jeweils geltenden Fassung ist entsprechend anzuwenden. Für den Viehbestand ist der Stichtag maßgebend, nach dem sich die Erhebung der Tierseuchenbeiträge für das laufende Jahr richtet. Diese pauschal ermittelte, nicht eingeleitete Wassermenge wird von der gesamten verbrauchten Wassermenge im Sinne von § 5 abgesetzt. Die danach verbleibende Wassermenge muss für jede für das Betriebsanwesen einwohnermelderechtlich erfasste Person, die sich dort während des Veranlagungszeitraums nicht nur vorübergehend aufgehalten hat, mindestens 25. Kubikmeter/Jahr betragen. Wird dieser Wert nicht erreicht, ist die Absetzung entsprechend zu verringern.

- (5) Anträge auf Absetzung nicht eingeleiteter Wassermengen sind bis zum Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids zu stellen.

3. Abschnitt: Dezentrale Entsorgung

§ 7

Gebührenmaßstab für dezentrale Anlagen

- (1) Für Abwasser, das aus abflusslosen Gruben oder Kleinkläranlagen entnommen wird (§ 1 Abs. 2 AbwS), bemisst sich die Abwassergebühr nach der Menge des entnommenen Abwassers.
- (2) Wird Abwasser zu einer öffentlichen Abwasserbehandlungsanlage gebracht, bemisst sich die Abwassergebühr nach der Menge des angelieferten Abwassers.
- (3) Für Schmutzwasser, das in öffentliche Abwasseranlagen eingeleitet wird, die nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind, bemisst sich die Abwassergebühr nach der entsprechend §§ 5 und 6 ermittelten Abwassermenge. Dies gilt auch für Überläufe von Kleinkläranlagen, die in einen in Satz 1 genannten öffentlichen Kanal entwässern.

4. Abschnitt: Abwassergebühren

§ 8

Höhe der Abwassergebühren Abwassereinrichtung 1

- (1) Für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung gemäß § 4 beträgt die Gebühr für Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet und durch ein Klärwerk gereinigt wird 2,75 € je Kubikmeter Abwasser.
- (2) Für die Teilleistung mobile Entsorgung von Abwasser beträgt die Gebühr
 1. Grundpreis für jede Entsorgung: 61,55 €
 2. Mengengebühr für Abwasser, das vom Zweckverband gemäß § 7 Abs. 1 abgeholt wird: 13,53 €/m³ Abwasser
 3. Schlauchverlängerung pro 10 m: 8,90 €
Die ersten 20 m Schlauchlänge sind im Grundpreis vergütet.
- (3) Für die Teilleistung mobile Entsorgung von Klärschlamm beträgt die Gebühr
 1. Grundpreis für jede Entsorgung: 61,55 €
 2. Mengengebühr für Klärschlamm, der vom Zweckverband gemäß § 7 Abs. 1 abgeholt wird: 13,53 €/m³ Klärschlamm
 3. Schlauchverlängerung pro 10 m: 8,90 €
Die ersten 20 m Schlauchlänge sind im Grundpreis vergütet.
- (4) Zusätzlich zur Laufenden Gebühr nach Absatz 1 wird eine Grundgebühr erhoben
 1. Die Grundgebühr beträgt je Wohneinheit (WE) 7,61 € pro Monat
 2. Die Grundgebühr beträgt je Gewerbeinheit (GE) 17,90 € pro Monat
- (5) Als Wohneinheit gilt zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmte oder genutzte Räume, die entweder nach ihrer Anordnung (Wohnungsabschlusstür)

oder falls eine Wohnungsabschlusstür fehlt, nach ihrem tatsächlichen Gebrauch zusammen genutzt werden. Zur Mindestausstattung gehören Koch- und Waschgelegenheit, sowie wenigstens die Mitbenutzungsmöglichkeit einer Etagen- oder Außentoilette. Die Größe der Räume ist im Übrigen nicht von Bedeutung. Es können auf einem Grundstück mehrere Wohneinheiten und/oder Gewerbeeinheiten berechnet werden.

- (6) Als Gewerbeeinheit werden Grundstücke mit gewerblicher, selbständiger, freiberuflich tätige, persönliche Dienstleistungen höherer Art sowie öffentlicher oder ähnlicher Nutzung veranschlagt. Es können auf einem Grundstück mehrere Gewerbeeinheiten und/oder Wohneinheiten berechnet werden.
- (7) Neben der Entsorgungsgebühr nach § 8 Abs. 2 und 3 wird eine Grundgebühr von 25,00 € pro Anlage und Jahr unabhängig von der Häufigkeit der Entsorgung der Anlage erhoben. Bei Anschluss von mehr als einem Grundstück an die Anlage erhöht sich die Grundgebühr um jeweils 5,00 € pro angeschlossenem Grundstück ab dem 2. Grundstück.

§ 8 a

Höhe der Abwassergebühren Abwassereinrichtung 2

- (1) Für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung gemäß § 4 beträgt die Gebühr für Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet und durch ein Klärwerk gereinigt wird 8,68 € je Kubikmeter Abwasser.
- (2) Zusätzlich zur Mengengebühr nach Absatz 1 wird eine Grundgebühr erhoben
- | | |
|---|-------------------|
| 1. Die Grundgebühr beträgt je Wohneinheit (WE) | 7,61 € pro Monat |
| 2. Die Grundgebühr beträgt je Gewerbeeinheit (GE) | 35,00 € pro Monat |
- (3) Als Wohneinheit gelten zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmte oder genutzte Räume, die entweder nach ihrer Anordnung (Wohnungsabschlusstür) oder falls eine Wohnungsabschlusstür fehlt, nach ihrem tatsächlichen Gebrauch zusammen genutzt werden. Zur Mindestausstattung gehören Koch- und Waschgelegenheit, sowie wenigstens die Mitbenutzungsmöglichkeit einer Etagen- oder Außentoilette. Die Größe der Räume ist im Übrigen nicht von Bedeutung. Es können auf einem Grundstück mehrere Wohneinheiten und/oder Gewerbeeinheiten berechnet werden.
- (4) Als Gewerbeeinheit werden Grundstücke mit gewerblicher, selbständiger, freiberuflicher Tätigkeit, persönliche Dienstleistungen höherer Art sowie öffentlicher oder ähnlicher Nutzung veranschlagt. Es können auf einem Grundstück mehrere Gewerbeeinheiten und/oder Wohneinheiten berechnet werden.

5. Abschnitt: Starkverschmutzer

§ 9

Starkverschmutzerzuschläge

Starkverschmutzerzuschläge werden erhoben.

§ 10 Verschmutzungswerte

Für Schmutzwasser, deren Beseitigung einschließlich der Klärschlambeseitigung Kosten verursacht, die die durchschnittlichen Kosten der Beseitigung von häuslichem Schmutzwasser übersteigt, werden folgende Zuschläge pro Kubikmeter erhoben:

Häusliches und gewerbliches Schmutzwasser Gebühr gemäß §8 Abs. 1	$+ (C_{CSB} - 600) \times 0,001288$ $+ (C_N - 50) \times 0,002136$ $+ (C_P - 10) \times 0,017790$ $+ (C_{AOX} - 0,1) \times 0,030000$ $+ (C_{HG} - 0,01) \times 3,000000$ $+ (C_{Cd} - 0,02) \times 0,600000$ $+ (C_{Ni} - 0,1) \times 0,120000$ $+ (C_{Pb} - 0,1) \times 0,120000$ $+ (C_{Cr} - 0,1) \times 0,120000$ $+ (C_{Cu} - 0,2) \times 0,060000$ $+ (C_{AF} - 250) \times 0,003045$
---	--

6. Abschnitt: Gebührenschuld

§ 11

Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld, Veranlagungszeitraum

- (1) Die Pflicht, Gebühren zu entrichten, entsteht jeweils zu Beginn des Kalenderjahres, frühestens jedoch mit der Inbetriebnahme der Grundstücksentwässerungsanlagen oder dem Beginn der tatsächlichen Nutzung.
- (2) Der Veranlagungszeitraum beträgt in der Regel 1 Jahr. Der Zweckverband kann auch das rollierende Abrechnungsverfahren anwenden.
- (3) Die Gebührenschuld entsteht
 1. in den Fällen des § 8 Abs. 1, Abs. 4 und 7 sowie des § 8 a Abs. 1 und Abs. 2 jeweils zum Ende eines Kalenderjahres für das jeweilige Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum) und
 2. in den Fällen des § 8 Abs. 2 und Abs. 3, mit der Erbringung der Leistung bzw. Anlieferung des Abwassers.
- (4) Die Abwassergebühren nach Absatz 3 Nummer 1 sind zwei Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig. In den Fällen des Absatzes 3 Nummer 2 wird die Gebühr mit der Anforderung fällig.

§ 12

Vorauszahlungen

Jeweils zum 15. Februar, 15. Mai 15. August und 15. November eines jeden Jahres sind Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Gebührenschuld nach § 11 Abs. 3 Nr. 1 zu leisten. Der Vorauszahlung ist jeweils ein Viertel der Gebühr des Vorjahres zugrunde zu legen; Änderungen der Gebührenhöhe sind dabei zu berücksichtigen.

Fehlt eine Vorjahresabrechnung oder bezieht sich diese nicht auf ein volles Kalenderjahr, wird die voraussichtliche Gebühr geschätzt.

7. Teil - Anzeigepflicht, Anordnungsbefugnis, Haftung, Ordnungswidrigkeiten

§ 13 Anzeigepflichten

- (1) Binnen eines Monats haben der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte und der sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte dem Zweckverband anzuzeigen:
 1. den Erwerb oder die Veräußerung eines an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstücks,
 2. die bei In-Kraft-Treten dieser Satzung vorhandenen abflusslosen Gruben und Kleinkläranlagen, soweit dies noch nicht geschehen ist,

Eine Grundstücksübertragung ist vom Erwerber und vom Veräußerer anzuzeigen.
- (2) Binnen eines Monats nach Ablauf des Veranlagungszeitraums hat der Gebührenpflichtige dem Zweckverband anzuzeigen:
 1. die Menge des Wasserverbrauchs aus einer nichtöffentlichen Wasserversorgungsanlage (§ 5 Abs. 1 Nr. 2),
 2. die Menge der Einleitungen aufgrund besonderer Genehmigungen (§ 7 Abs. 4 AbwS) und
 3. das auf dem Grundstück gesammelte und als Brauchwasser verwendete Niederschlagswasser (§ 5 Abs. 1 Nr. 3).
- (3) Unverzüglich haben der Grundstückseigentümer und die sonst zur Nutzung eines Grundstücks oder einer Wohnung berechtigten Personen dem Zweckverband mitzuteilen:
 1. Änderungen der Beschaffenheit, der Menge und des zeitlichen Anfalls des Abwassers;
 2. wenn gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangen oder damit zu rechnen ist;
 3. den Entleerungsbedarf der abflusslosen Gruben und Kleinkläranlagen.
- (4) Wird eine Grundstücksentwässerungsanlage, auch nur vorübergehend, außer Betrieb gesetzt, hat der Grundstückseigentümer diese Absicht so frühzeitig mitzuteilen, dass der Anschlusskanal rechtzeitig verschlossen oder beseitigt werden kann.

§ 14 Haftung des Zweckverbandes

- (1) Werden die öffentlichen Abwasseranlagen durch Betriebsstörungen, die der Zweckverband nicht zu vertreten hat, vorübergehend ganz oder teilweise außer Betrieb gesetzt oder treten Mängel oder Schäden auf, die durch Rückstau infolge von Naturereignissen, wie Hochwasser, Starkregen oder Schneeschmelze oder durch Hemmungen im Abwasserablauf verursacht sind, so erwächst daraus kein Anspruch auf Schadenersatz. Ein Anspruch auf Ermäßigung oder auf Erlass von Beiträgen oder Gebühren entsteht in keinem Fall.
- (2) Die Verpflichtung des Grundstückseigentümers zur Sicherung gegen Rückstau (§ 17 AbwS) bleibt unberührt.
- (3) Im Übrigen haftet der Zweckverband nur für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit.
- (4) Eine Haftung nach den Vorschriften des Haftpflichtgesetzes bleibt unberührt.

§ 15 Anordnungsbefugnis, Haftung der Benutzer

- (1) Der Zweckverband kann nach pflichtgemäßem Ermessen die notwendigen Maßnahmen im Einzelfall anordnen, um rechtswidrige Zustände zu beseitigen, die unter Verstoß gegen Bestimmungen dieser Satzung herbeigeführt worden oder entstanden sind. Er kann insbesondere Maßnahmen anordnen, um drohende Beeinträchtigungen öffentlicher Abwasseranlagen zu verhindern und um deren Funktionsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Dies gilt ebenso für Maßnahmen um eingetretene Beeinträchtigungen zu minimieren und zu beenden, sowie um die Funktionsfähigkeit der Abwasseranlagen wiederherzustellen.
- (2) Der Grundstückseigentümer und die sonstigen Benutzer haften für schuldhaft verursachte Schäden, die infolge einer unsachgemäßen oder den Bestimmungen dieser Satzung widersprechenden Benutzung oder infolge eines mangelhaften Zustands der Grundstücksentwässerungsanlagen entstehen. Sie haben den Zweckverband von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. Gehen derartige Schäden auf mehrere Grundstücksentwässerungsanlagen zurück, so haften deren Eigentümer oder Benutzer als Gesamtschuldner.

§ 16 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 124 Abs. 1 SächsGemO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 3 Abs. 1 AbwS das Abwasser nicht dem Zweckverband überlässt,
 2. entgegen § 6 Abs. 1 bis 3 AbwS von der Einleitung ausgeschlossene Abwasser oder Stoffe in die öffentlichen Abwasseranlagen einleitet oder die vorgeschriebenen Grenzwerte für einleitbares Abwasser nicht einhält,

3. entgegen § 7 Abs. 1 AbwS Abwasser ohne Behandlung oder Speicherung in öffentliche Abwasseranlagen einleitet,
 4. entgegen § 7 Abs. 3 AbwS fäkalienhaltiges Abwasser ohne ausreichende Behandlung in öffentliche Abwasseranlagen einleitet, die nicht an ein öffentliches Klärwerk angeschlossen sind,
 5. entgegen § 7 Abs. 4 AbwS sonstiges Wasser oder Abwasser, das der Beseitigungspflicht nicht unterliegt, ohne besondere Genehmigung des Zweckverbandes in öffentliche Abwasseranlagen einleitet,
 6. entgegen § 12 Abs. 1 AbwS einen vorläufigen oder vorübergehenden Anschluss nicht von dem Zweckverband herstellen lässt,
 7. entgegen § 13 Abs. 1 AbwS einen Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen ohne schriftliche Genehmigung des Zweckverbandes herstellt, benutzt oder ändert,
 8. die Grundstücksentwässerungsanlage nicht nach den Vorschriften des § 14 und § 15 Abs. 3 Satz 2 und 3 AbwS herstellt,
 9. die Verbindung der Grundstücksentwässerungsanlage mit der öffentlichen Abwasseranlage nicht nach § 15 Abs. 3 Satz 1 AbwS im Einvernehmen mit dem Zweckverband herstellt,
 10. entgegen § 16 Abs. 1 AbwS die notwendige Entleerung und Reinigung der Abscheider nicht rechtzeitig vornimmt,
 11. entgegen § 16 Abs. 3 AbwS Zerkleinerungsgeräte oder ähnliche Geräte an eine Grundstücksentwässerungsanlage anschließt,
 12. entgegen § 18 Abs. 1 AbwS die Grundstücksentwässerungsanlage vor Abnahme in Betrieb nimmt,
 13. entgegen § 13 seinen Anzeigepflichten gegenüber dem Zweckverband nicht richtig oder nicht rechtzeitig nachkommt.
- (2) Ordnungswidrig im Sinne von § 6 Abs. 2 Nr. 2 SächsKAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig seinen Anzeigepflichten nach § 13 nicht richtig oder nicht rechtzeitig nachkommt.
- (3) Die Vorschriften des Sächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (Sächs-VwVG) bleiben unberührt.

8. Teil - Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 17

Unklare Rechtsverhältnisse

Bei Grundstücken, die im Grundbuch noch als Eigentum des Volkes eingetragen sind, tritt an die Stelle des Grundstückseigentümers nach den Vorschriften dieser Satzung der Verfügungsberechtigte im Sinne von § 8 Abs. 1 des Gesetzes über die

Feststellung der Zuordnung von ehemals volkseigenem Vermögen (Vermögenszuordnungsgesetz - VZOG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.3.1994 (BGBl. I, S. 709), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.10.2003 (BGBl. I S. 2081), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 18 In-Kraft-Treten

- (1) Soweit Abgabenansprüche nach dem bisherigen Satzungsrecht auf Grund des SächsKAG oder des Vorschaltgesetzes Kommunalfinanzen bereits entstanden sind, gelten anstelle dieser Satzung, die Satzungsbestimmungen, die im Zeitpunkt des Entstehens der Abgabenschuld gegolten haben.
- (2) Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung vom 20.12.1999 (mit allen späteren Änderungen) außer Kraft.

ausgefertigt: Schöpstal, den 28.09.2005

Verbandsvorsitzender
gez. Kalkbrenner

Stellv. Verbandsvorsitzender
gez. Lange

Zur Veröffentlichung dieser Satzung weist der Abwasserzweckverband auf folgendes hin.

Nach §4 Abs. 4 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Abs. 3 SächsKomZG wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat.
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung des Verfahrens - oder Formvorschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, die die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Nr.3 oder 4 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der im Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.